

Der Streit in England über den Anschluß Deutsch- österreichs an Deutschland.

London, 9. Januar. (L.-A.)

In der Annahme, daß es möglich sein wird, aus den Staaten der ehemaligen Monarchie einen neuen Staatenbund zu gründen, und in der Voraussetzung, daß verschiedene dieser Staaten instande sein werden, eine vollkommen selbständige Existenz zu führen, was den Zusammenschluß zwischen den verschiedenen Staaten unmöglich machen würde, läßt sich Lord Northcliffe von seinen Korrespondenten in Wien und in anderen Orten Äußerungen über die Möglichkeit eines Anschlusses von Deutschösterreich an Deutschland drahten. Der heutige Zeitartikel der „Times“ und des Wochenblattes Lord Northcliffes „Weekly Dispatch“ bringen hierüber Kommentare mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht. Zwar wird der Nachteil anerkannt, daß die deutsche Republik durch den Anschluß Deutschösterreichs erheblich vergrößert wird, was aber nicht so gefährlich sei, denn die neu-angegliederten Länder würden ein Gegengewicht gegen Berlin bilden und die Vergrößerung der zahlreichen katholischen Bevölkerung den Einfluß der protestantischen Preußen verringern.

Diese Stellungnahme ruft heftige Angriffe der „Morning Post“ hervor. Das Blatt schreibt: Man fürchtet, daß die britische Politik es als ihre Aufgabe betrachten wird, auch für den Feind zu sorgen. Die „Westminster Gazette“ hat die Einhaltung des Vertrages über die Lieferung von Rohmaterialien und Nahrungsmitteln verlangt. Jetzt will Lord Northcliffe Deutschland zum Ersatz für den Verlust Elsaß-Lothringens und anderer Gebietsteile mit Deutschösterreich beglücken. Dafür braucht England nicht zu sorgen. Deutschland ist ohne diese Abtretungen noch kräftig genug, und wenn eine großdeutsche Republik einschließlich Deutschösterreichs unter der Parole „Deutschland über alles“ entsteht, so ist diese Perspektive für den Weltfrieden kaum abzusehen oder beruhigend. Auch die Tatsache, daß Deutschland in Rußland so viel mehr zu sagen hat als die Entente, ist eine Gefahr, gegen die die Entente ankämpfen muß. Dies soll die Aufgabe der Führer der öffentlichen Meinung sein, nicht aber, wie die „Westminster Gazette“ und Lord Northcliffe es wünschen, daß Deutschland heute nicht zu streng behandelt wird.